

Die Fraktionen
SPD, DIE GRÜNEN,
Linkspartei/offene Liste;
FBI/Freie Wähler, FDP,
FÜR PADERBORN, LKR
und Melis Demir

Anträge

Inhalt

1. Anträge an den Rat	
a. Schuldentilgung	4
b. Personaltransparenz	5
c. Miete Tafel	6
d. pro familia	7
e. Öffnungszeiten Jugendarbeit	8
f. Paderborner Wohnungsgesellschaft	9
g. Einzelhandels- und Zentrenkonzept	11
h. Mobilitätskonzept	12
i. Quote geförderter Wohnungsbau Investorenmaßnahmen	14
2. Anträge Haupt- und Finanzausschuss	
a. Photovoltaik	17
b. Geh- und Radwege	18
c. Kulturausschuss	19
d. Sperrvermerk Personal Digital	20
e. Reduzierung Personalansatz	21
3. Anträge Ausschuss für Bauen, Planen und Umwelt	
a. Quote geförderter Wohnungsbau künftige Baugebiete	23

Anträge an den Rat

Die Fraktionen SPD, DIE GRÜNEN, Linkspartei/offene Liste; FBI/Freie Wähler, FDP,
FÜR PADERBORN, LKR und Melis Demir

An den Bürgermeister der Stadt Paderborn
Herrn Michael Dreier
Am Abdinghof 11

33098 Paderborn

Paderborn, den 16.02.2018

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,

bitte setzen Sie den folgenden Antrag auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung des Rates am 15. März 2018.

Der Rat der Stadt Paderborn beschließt:

1. Die Stadt Paderborn tilgt ihre Schulden, um Zukunft und Investitionskraft der Stadt zu stärken. Die Verwaltung wird beauftragt, bis zum 31. Juli 2018 dem Rat ein Konzept zur Schuldentilgung einschließlich einer Übersicht aller Banksalden vorzulegen.
2. Die Verwaltung informiert den Rat und die interessierte Öffentlichkeit halbjährlich über die aktuellen Banksalden einschließlich des aktuellen Standes der Kassenkredite.

Begründung:

Die Stadt Paderborn muss in den kommenden Jahren und Jahrzehnten gewaltige Anstrengungen unternehmen, damit der Ausbau der Infrastruktur mit dem Einwohnerzuwachs und dem damit einhergehenden städtebaulichen Wachstum Schritt halten kann. Hierfür werden allein die städtischen Bauinvestitionen in die Infrastruktur (Schulen, Kindergärten, ÖPNV, Verkehrskonzeption, Klimaschutz, Sozialeinrichtungen, Sport- und Kulturstätten usw.) mittelfristig jährlich hohe Millionen Investitionen betragen müssen.

Leider schiebt die Stadt Paderborn noch immer mit ca. 300 Mio. € einen hohen Schuldenberg vor sich her. Die Pro-Kopf-Verschuldung in Paderborn beträgt ca. 2000 €. In den letzten Jahren ist die Verschuldung der Stadt und ihrer Eigenbetriebe sogar stetig gestiegen. Von 2012 bis 2017 betrug die Erhöhung allein 90 Mio. €.

Eine Erholung der städtischen Finanzen ist damit nicht nur eine Frage der Generationengerechtigkeit in unserer Stadt, Schulden tilgen heißt auch Zukunft und Investitionskraft der Stadt stärken.

gez. Borgmeier, Henze, Hoppe, Hüttemann, Knaup, Dr. Schröder, Senn sowie Demir (fraktionslos)

Die Fraktionen SPD, DIE GRÜNEN, Linkspartei/offene Liste; FBI/Freie Wähler, FDP,
FÜR PADERBORN, LKR und Melis Demir

An den Bürgermeister der Stadt Paderborn
Herrn Michael Dreier
Am Abdinghof 11

33098 Paderborn

Paderborn, den 16.02.2018

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,

bitte setzen Sie den folgenden Antrag auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung des Rates am 15. März 2018.

Der Rat der Stadt Paderborn beschließt:

1. Die Stadt PB führt für den Haushalt 2018 eine Berichterstattung über die Anzahl der besetzten Stellen auf Basis Vollzeitäquivalent ein. (Die Stadt orientiert sich dabei an der Struktur „Personalbericht 2016“ des Kreises Paderborn sowie „Personalsituation - Perspektiven“ Bericht der Stadt Köln.)
2. Der Bericht wird halbjährlich im Haupt- und Finanzausschuss vorgestellt, erstmals zum 30.06.2018.
3. Die Gleichstellungsbeauftragte informiert in einem geschlechterdifferenzierten Bericht über den Stellenplan mit seinen Veränderungen.

Für die Beratung des Stellenplans, auch stellenmäßige Veränderungen bei eigenbetriebsähnlichen Einrichtungen, werden folgende personalisierte Listen und Zusammenstellungen nur für den dienstlichen Gebrauch vorgelegt:

- Liste 1: Mehr- und Wenigerstellen
Liste 2: Neubewertungen von Beamten-/Beamtinnenstellen
Liste 3: Formelle Änderungen in Dezernat und Dienststelle (Neubewertungen von Beamten, Angestellten- und Arbeiter-/Arbeiterinnenstellen, Stellenumwandlungen, Stellenübertragungen u.ä.)
Liste 4: Befristete Stellen

Begründung

Mit dem Bericht zur **Personalsituation – Perspektiven** stellt die Verwaltung der verbesserten Transparenz und Plausibilität wegen umfangreiche Zahlen, Daten und Fakten rund um unsere wichtigste Ressource – das Personal – zur Verfügung. Der Bericht informiert über die Stellenplanentwicklung und Stellenstruktur, über die Personalstruktur, den Personalaufwand, die Personalarbeit, die Personalentwicklung, etc.

gez. Borgmeier, Henze, Hoppe, Hüttemann, Knaup, Dr. Schröder, Senn sowie Demir (fraktionslos)

Die Fraktionen SPD, DIE GRÜNEN, Linkspartei/offene Liste; FBI/Freie Wähler, FDP,
FÜR PADERBORN, LKR und Melis Demir

An den Bürgermeister der Stadt Paderborn
Herrn Michael Dreier
Am Abdinghof 11

33098 Paderborn

Paderborn, den 16.02.2018

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,

bitte setzen Sie den folgenden Antrag auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung des Rates am 15. März 2018.

Der Rat der Stadt Paderborn beschließt:

Die Stadt Paderborn übernimmt die Mietkosten für die Paderborner Tafel in Höhe von etwa 2.100 Euro pro Monat. In den Haushalt 2018 wird ein Ansatz von 30.000 € eingestellt.

Begründung:

Als starke soziale Einrichtung setzt sich die Paderborner Tafel seit 17 Jahren für Bedürftige ein. Der Verein arbeitet ehrenamtlich und finanziert sich grundsätzlich über Spenden. Zurzeit arbeiten 120 Ehrenamtliche im Verein, die mit über 10 Ausgabestellen ca. 3000 bedürftige Menschen pro Woche versorgen.

Als weiteres Projekt betreut die Paderborner Tafel eine Kleiderkammer, die Kleidung und Haushaltstextilien günstig abgibt.

Das Engagement der Paderborner Tafel wurde im vergangenen Jahr mit der Verleihung des Bürgerpreises durch die Bürgerstiftung geehrt. Mit der kontinuierlichen finanziellen Unterstützung der Tafel zeigt Paderborn, dass auch seitens der Stadt die wichtige Arbeit der Paderborner Tafel honoriert wird.

Im vergangenen Jahr wurde ein Antrag zur Bezuschussung der Fahrzeugkosten abgelehnt. Der Bürgermeister hatte zugesagt sich um eine finanzielle Unterstützung zu kümmern. Das ist bislang nicht erfolgt.

gez. Borgmeier, Henze, Hoppe, Hüttemann, Knaup, Dr. Schröder, Senn sowie Demir (fraktionslos)

Die Fraktionen SPD, DIE GRÜNEN, Linkspartei/offene Liste; FBI/Freie Wähler, FDP,
FÜR PADERBORN, LKR und Melis Demir

An den Bürgermeister der Stadt Paderborn
Herrn Michael Dreier
Am Abdinghof 11

33098 Paderborn

Paderborn, den 16.02.2018

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,

bitte setzen Sie den folgenden Antrag auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung des Rates am 15. März 2018.

Der Rat der Stadt Paderborn beschließt:

Für die Unterstützung der Beratungsstelle pro familia in Paderborn werden 10.000 € in den Haushalt 2018 eingestellt.

Begründung:

Pro familia ist eine konfessionell und parteilich ungebundene Beratungsstelle, u.a. Mitglied im Paritätischen NRW. Die Beratungsstelle ist staatlich anerkannt und das Land NRW hat die Förderung bis zu 80% der Personal- und Sachkosten bewilligt. Seit 2007 arbeitet die Beratungsstelle in Paderborn mit stabilen Zahlen in der Schwangerenberatung/Familienplanung/Paar- und Sexualberatung (2016 225 Beratungen), in der Schwangerenkonfliktberatung (2016: 79) und führt sexualpädagogische Präventionsarbeit, Beratung und Projekte durch (2016: 51).

Die sexualpädagogischen Projekte in Schulen und Bildungsorganisationen haben in 2017 stark zugenommen. Das erste Halbjahr 2018 ist mittlerweile ausgebucht.

Hierzu gehören u.a.

- Sexualität – (k)ein Thema für die Kita?

Erzieherinnen-Fortbildung zum Thema „Kindliche Sexualität“, Elternabend, Unterstützung bei der Konzeptentwicklung zum sexualpädagogischen Handlungsleitfaden.

- Arbeit mit Schulklassen mit dem Ziel, Heranwachsende auf ihrem Weg zur Entwicklung sexueller Selbstbestimmung zu begleiten und zu unterstützen.

- Arbeit mit Lehrpersonen zum Thema „Sexuelle Übergriffe“.

- Sonderprojekt für geflüchtete Jugendliche und junge Erwachsene (bis Ende Februar 2018) mit dem Titel „Prävention sexualisierter Gewalt und Wertevermittlung“.

Für das Jahr 2018 sieht der Haushaltplan von pro familia Paderborn Eigenmittel in Höhe von 33.512 € vor. Abzüglich der Spendenmittel von cum ratione in erwarteter Höhe von 20.000€ verbleibt eine Restkostenfinanzierung in Höhe von ca. 13.500 €, zu deren Deckung 10.000 € beantragt werden.

gez. Borgmeier, Henze, Hoppe, Hüttemann, Knaup, Dr. Schröder, Senn sowie Demir (fraktionslos)

Die Fraktionen SPD, DIE GRÜNEN, Linkspartei/offene Liste; FBI/Freie Wähler, FDP,
FÜR PADERBORN, LKR und Melis Demir

An den Bürgermeister der Stadt Paderborn
Herrn Michael Dreier
Am Abdinghof 11

33098 Paderborn

Paderborn, den 16.02.2018

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,

bitte setzen Sie den folgenden Antrag auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung des Rates am 15. März 2018.

Der Rat der Stadt Paderborn beschließt:

Um in den Jugendkulturzentren Multicult, Villa Schloss Neuhaus, Jugendhaus Heide und Jugendtreff No1 Öffnungszeiten am Wochenende zu gewährleisten, werden die Mittel für 2 zusätzliche volle Stellen für Sozialarbeiter/Sozialpädagogen in den Haushalt 2018 eingestellt. Der Einsatz wird bedarfsgerecht geplant.

Begründung:

Im Rahmen der von Rödl & Partner vorgestellten Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung hat der Rat 2010 mehrheitlich die Beschränkung der Öffnungszeiten der Jugendtreffs beschlossen.

In der Stadt Paderborn sind alle städtischen Jugendzentren an den Wochenenden für die offene Jugendarbeit geschlossen.

Der Alltag von Kindern und Jugendlichen hat sich jedoch z.B. durch längere Schulzeiten verändert. Besonders für Kinder und Jugendliche aus finanziell schwachen Familien ist ein kostenloses Freizeitangebot an Wochenenden von besonderer Bedeutung.

Das Jugendkulturzentrum Multikult, die Villa Schloss Neuhaus, das Jugendhaus Heide und das Jugendtreff No 1 sind Einrichtungen für Kinder und Jugendliche und zum Teil junge Erwachsene, die in Sozialräumen mit besonderen Bedingungen (vgl. Kinder- und Jugendbericht, Schwerpunkt Armut) liegen. Um als ersten Schritt in diesen 4 Jugendzentren zusätzliche Öffnungszeiten an Wochenenden zu gewährleisten, beantragen unsere Fraktionen die zusätzliche Einrichtung von 2 Stellen für Sozialarbeiter/Sozialpädagogen.

gez. Borgmeier, Henze, Hoppe, Hüttemann, Knaup, Dr. Schröder, Senn sowie Demir (fraktionslos)

Die Fraktionen SPD, DIE GRÜNEN, Linkspartei/offene Liste; FBI/Freie Wähler, FDP,
FÜR PADERBORN, LKR und Melis Demir

An den Bürgermeister der Stadt Paderborn
Herrn Michael Dreier
Am Abdinghof 11

33098 Paderborn

Paderborn, den 16.02.2018

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,

bitte setzen Sie den folgenden Antrag auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung des Rates am 15. März 2018.

Der Rat der Stadt Paderborn beschließt:

Die Paderborner Wohnungsgesellschaft wird unter dem Dach der Paderborner Kommunalbetriebe GmbH gegründet und der Rat der Stadt Paderborn beauftragt wie folgt:

Die Städt. Rechtsdirektorin Cornelia Burmann oder ihr Vertreter im Amt werden angewiesen in der Gesellschafterversammlung der Paderborner Kommunalbetriebe GmbH folgende Beschlüsse zu fassen:

1. Die Gesellschaft wird innerhalb von zwei Jahren Aktivitäten zur Vermietung von Wohnraum aufnehmen.
2. Die Wohnungsgesellschaft soll nach einer Startphase von etwa 5 Jahren in einer Form weitergeführt werden, die eine Beteiligung Paderborner Bürger (natürlicher Personen) an der Gesellschaft möglich macht. Der über die PKB durch die Stadt gehaltene Anteil soll nie weniger als 25% betragen und eine Sperrminorität enthalten. Die Anteile sollen bspw. genossenschaftlich organisiert sein.
3. Bürgerinnen und Bürger sollen sich an dieser Gesellschaft durch die Einlage von Bargeld oder auch Immobilienvermögen beteiligen können. Die Beteiligungsquote der Bürgerinnen und Bürger insgesamt soll langfristig 75% betragen. Die Stimmrechte einer einzelnen Person müssen begrenzt werden, eine (darüberhinausgehende) finanzielle Beteiligung ohne Stimmrecht muss ebenfalls möglich sein.
4. Die Gesellschaft soll sich besonders um geförderten Wohnungsbau kümmern, der Bestand an geförderten Wohnungen an der gesamten Anzahl der Wohnungen soll, nach der Anlaufphase, zu keinem Zeitpunkt unter 40% liegen.
5. Die Gesellschaft soll zum Zeitpunkt einer möglichen Übernahme von Wohnimmobilien im Rahmen des Konversionsprozesses alle Anforderungen erfüllen, die einen direkten Ankauf der im Stadtgebiet befindlichen Immobilien von der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben möglich machen.
6. Die Geschäftsführung der PKB wird beauftragt den Aufsichtsrat zeitnah über die weitere Entwicklung, insbesondere über die Einhaltung des Zeitplans und auftretende Probleme zu informieren. Der Aufsichtsrat ist zu beteiligen, falls im Zusammenhang mit dem Projekt bereits wichtige Verträge geschlossen werden müssen.

7. Der Vergabe eines Auftrages über rd. 150.000,00 € an eine durch die Geschäftsführung unter Beteiligung des Aufsichtsrats auszuwählende Beratungsgesellschaft zur Beratung in strategischen, regulatorischen sowie betriebs- und wohnungswirtschaftlichen Fragen im Zusammenhang mit der Gründung einer Wohnungsbaugesellschaft wird zugestimmt.
8. Eine Beratungsgesellschaft soll überprüfen, wie die im Eigentum der Stadt befindlichen Wohnimmobilien, soweit es sich nicht um Hausmeisterwohnungen und dergleichen handelt, in die zu gründende Wohnungsgesellschaft eingebracht werden können.
9. Der Wirtschaftsplan der PKB wird für das Jahr 2018 angepasst, dazu werden die Aufwendungen im Wirtschaftsplan um insgesamt 200.000,00 € erhöht.

gez. Borgmeier, Henze, Hoppe, Hüttemann, Knaup, Dr. Schröder, Senn sowie Demir (fraktionslos)

Die Fraktionen SPD, DIE GRÜNEN, Linkspartei/offene Liste; FBI/Freie Wähler, FDP,
FÜR PADERBORN, LKR und Melis Demir

An den Bürgermeister der Stadt Paderborn
Herrn Michael Dreier
Am Abdinghof 11

33098 Paderborn

Paderborn, den 16.02.2018

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,

bitte setzen Sie den folgenden Antrag auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung des Rates am 15. März 2018.

Der Rat der Stadt Paderborn beschließt:

Für die Optimierung und Überarbeitung des bestehenden Einzelhandels- und Zentrenkonzepts der Stadt Paderborn werden 100.000 Euro für Gutachten und Beratungsleistungen in den Haushalt 2018 eingestellt. Die Verwaltung wird beauftragt die Überarbeitung des Einzelhandels- und Zentrenkonzepts zu veranlassen und eine Vorlage zur Vergabe des Auftrags an einen Gutachter zu erstellen. Die Auftragsvergabe erfolgt durch den Ausschuss für Bauen, Planen und Umwelt. Die bestehende Arbeitsgruppe soll das Verfahren begleiten.

Das überarbeitete Konzept soll dabei folgende Rahmenbedingungen erfüllen:

- Ausweitung und Stärkung der Stadtteilzentren unter Einbeziehung der bestehenden Einzelhandelsflächen. Hierbei sollen im geringen Maße Potenzialflächen für die zukünftige Entwicklung einkalkuliert werden.
- Im Vorgriff auf die Anpassungen in den Stadtteilzentren sollen zudem Möglichkeiten zur kurzfristigen Ansiedlung eines Drogeriemarktes in Elsen geprüft werden.
- Anpassung der Verkaufsflächenbegrenzungen in den Stadtteil- und Nahversorgungszentren an die realen Bedürfnisse des Handels.
- Bei Verlagerungswünschen bestehender Lebensmitteleinzelhandelsstandorte im direkten Umfeld des bestehenden Standortes (500 Meter Luftlinie) soll über eine Verlagerung in den zuständigen Ausschüssen beraten werden. Die abschließende Entscheidung soll im Ausschuss für Bauen, Planen und Umwelt fallen. Dabei ist eine Einschätzung der Wirtschaftsförderungsgesellschaft einzuholen.

gez. Borgmeier, Henze, Hoppe, Hüttemann, Knaup, Dr. Schröder, Senn sowie Demir (fraktionslos)

Die Fraktionen SPD, DIE GRÜNEN, Linkspartei/offene Liste; FBI/Freie Wähler, FDP,
FÜR PADERBORN, LKR und Melis Demir

An den Bürgermeister der Stadt Paderborn
Herrn Michael Dreier
Am Abdinghof 11

33098 Paderborn

Paderborn, den 16.02.2018

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,

bitte setzen Sie den folgenden Antrag auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung des Rates am 15. März 2018.

Der Rat der Stadt Paderborn beschließt:

Der Rat beauftragt die Verwaltung mit der Aufstellung eines integrierten Mobilitätskonzepts für die Stadt Paderborn. Das Mobilitätskonzept soll Zielszenarien für die Mobilität in Paderborn für die Jahre 2025 und 2035 beschreiben und die zur Erreichung dieser Ziele notwendigen Schritte beschreiben.

Insbesondere soll das integrierte Mobilitätskonzept folgende Inhalte abdecken:

- Konzepte für eine vernetzte Mobilität in Paderborn
- Festlegung von angestrebten Zielen für den Modal Split

Zur Realisierung der definierten Ziele sollen unter anderem die in der Begründung genannten Maßnahmen ins Auge gefasst werden.

Die Bürgerinnen und Bürger der Stadt Paderborn sollen in die Definition der Ziele und Maßnahmen intensiv einbezogen werden. Dabei sollen alle Mobilitätsformen gleichmäßig zu vertreten sein.

Zur Erstellung des Konzepts werden EUR 250.000 für das Jahr 2018 bereitgestellt. Darüber hinaus werden Verpflichtungsermächtigungen für 2019 in Höhe von EUR 400.000 eingeräumt. Nach Möglichkeit sollen für die Erstellung des Konzepts Fördermittel eingeworben werden.

Begründung:

Der Verkehr in der Stadt Paderborn ist schon seit vielen Jahren Gegenstand von zahlreichen Untersuchungen und Konzepten. Es fehlt jedoch sowohl an einer übergreifenden Verknüpfung der Konzepte als auch an einer Zieldefinition für die zukünftige Ausrichtung der Verkehrspolitik. Eine solche Zieldefinition soll mit dem Integrierten Mobilitätskonzept erstellt werden. Gleichzeitig sollen mit dem Integrierten Mobilitätskonzept auch aktuelle Fragen angegangen werden.

Insbesondere bei der Zieldefinition halten wir eine breite Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger der Stadt für notwendig.

Zur Realisierung der definierten Ziele sollen dabei unter anderem die folgenden Maßnahmen ins Auge gefasst werden:

- Attraktiveren des ÖPNV
 - Verknüpfung der Innenstadt mit der Peripherie, z.B. durch Shuttlebusse und Park & Ride Angebote.

- Erweiterung und Verbesserung der Linienführung
- Verbesserung der Preisgestaltung
 - Günstigere Fahrkarten bspw. für Jugendliche
 - Gesteigerte Attraktivität des ÖPNV insbesondere im Vergleich zum PKW
- Prüfen der Möglichkeiten von Bike- und Carsharing
- Verbesserung und Ausbau der Radverkehrsinfrastruktur
 - Schaffen von durchgängigen Radverkehrstrassen für wichtige Verkehrsbeziehungen
 - Mehr Fahrradstraßen
 - Sonstige Maßnahmen zur Attraktivitätssteigerung des Radverkehrs
- Errichtung einer vernetzten intelligenten Verkehrsregelung im Rahmen der digitalen Stadt Paderborn
 - Ausstattung von Ampelanlagen und Laternen mit Sensorik zur Messung des aktuellen Verkehrsaufkommens von Kraftfahrzeugen, Rad- und Fußverkehr
 - Optimierung der Parksuchverkehre
 - Beschleunigung der Pendelverkehre
 - Verankerung des Ansatzes als Projekt der digitalen Leitkommune Paderborn

Die Verwaltung stellt dem Ausschuss für Bauen, Planen und Umwelt rechtzeitig vor der Sommerpause ein Vorgehen zur Umsetzung des Auftrags vor. Dabei sollen die vorhandenen Datengrundlagen und Konzepte berücksichtigt werden. Die Ausschreibungen zur Erstellung des integrierten Mobilitätskonzepts sind dem Ausschuss für Bauen, Planen und Umwelt zur Beschlussfassung vorzulegen.

gez. Borgmeier, Henze, Hoppe, Hüttemann, Knaup, Dr. Schröder, Senn sowie Demir (fraktionslos)

Die Fraktionen SPD, DIE GRÜNEN, Linkspartei/offene Liste; FBI/Freie Wähler, FDP,
FÜR PADERBORN, LKR und Melis Demir

An den Bürgermeister der Stadt Paderborn
Herrn Michael Dreier
Am Abdinghof 11

33098 Paderborn

Paderborn, den 16.02.2018

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,

bitte setzen Sie den folgenden Antrag auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung des Rates am 15. März 2018.

Der Rat der Stadt Paderborn beschließt:

Die Verwaltung wird beauftragt für Bauträger/Investoren eine Quote von mindestens 30 Prozent für den geförderten Wohnungsbau in der aktuellen Richtlinie für die Vergabe städtischer Grundstücke für den Wohnungsbau festzuschreiben und umzusetzen. Die aktuelle Vergaberichtlinie ist entsprechend anzupassen.

Alt – In der Fassung vom 30. Juni 2016	Neu
<p><u>Punkt 1, Abs. 4:</u> Die Grundstücke werden für die Errichtung von Eigenheimen und den Geschosswohnungsbau vergeben. Die Vergabe erfolgt durch Verkauf und ggf. durch die Vergabe oder die Weitergabe von Erbbaurechten.</p>	<p><u>Punkt 1, Abs. 4:</u> Die Grundstücke werden für die Errichtung von Eigenheimen und den Geschosswohnungsbau vergeben. <i>Bei der Vergabe der Grundstücke an Bauträger/Investoren ist zu beachten, dass mindestens 30 Prozent der zu vergebenden Wohnfläche für den geförderten Wohnungsbau bereitgestellt werden müssen. Einzelgrundstücke zum Bau von Einfamilienhäusern/Doppelhaushälften zum Eigennutz sind von der 30 %-Quote nicht betroffen.</i> Die Vergabe erfolgt durch Verkauf und ggf. durch die Vergabe oder die Weitergabe von Erbbaurechten.</p>
<p><u>Punkt 3, II. Allgemeine Vergabegrundsätze - 2. Mehrfamilien- und Reihenhäuser sowie Geschosswohnungsbau, Abs. 1:</u> Die Vergabe der Grundstücke erfolgt in konzeptbezogenen Verfahren. Von den Bauträgern/Investoren wird die Vorlage eines detaillierten Konzeptes erwartet. Diese Konzepte werden dann städtebaulich und planungsrechtlich untersucht und bewertet. Mehrfachbewerbungen sind möglich. Das</p>	<p><u>Punkt 3, II. Allgemeine Vergabegrundsätze - 2. Mehrfamilien- und Reihenhäuser sowie Geschosswohnungsbau, Abs. 1:</u> Die Vergabe der Grundstücke erfolgt in konzeptbezogenen Verfahren. Von den Bauträgern/Investoren wird die Vorlage eines detaillierten Konzeptes erwartet. Diese Konzepte werden dann städtebaulich und planungsrechtlich untersucht und bewertet. Mehrfachbewerbungen sind möglich. Das eingereichte Konzept wird Grundlage des</p>

eingereichte Konzept wird Grundlage des Kaufvertrages.	Kaufvertrages. <i>In dem Konzept müssen mindestens 30 % der geplanten Wohnfläche den Bestimmungen des geförderten Wohnungsbaus genügen.</i>
<u>Punkt 3, II. Allgemeine Vergabegrundsätze - 2. Mehrfamilien- und Reihenhäuser sowie Geschosswohnungsbau, Abs. 3:</u> Bei der Vergabe der Grundstücke für den Geschosswohnungsbau legt die Stadt Paderborn ein besonderes Augenmerk auf die Förderung nach den Bestimmungen des geförderten Wohnungsbaus. Die Konzepte werden entsprechend geprüft.	<u>Punkt 3, II. Allgemeine Vergabegrundsätze - 2. Mehrfamilien- und Reihenhäuser sowie Geschosswohnungsbau, Abs. 3:</u> Bei der Vergabe der Grundstücke für den Geschosswohnungsbau legt die Stadt Paderborn ein besonderes Augenmerk auf die Förderung nach den Bestimmungen des geförderten Wohnungsbaus. <i>Es ist festgeschrieben, dass bei der Vergabe von städtischen Grundstücken eine Quote von mindestens 30 Prozent der zu vergebenden Wohnfläche für den städtischen Wohnungsbau bereitgestellt und eingehalten werden muss.</i> Die Konzepte werden entsprechend <i>der Vorgaben</i> geprüft.

Begründung:

Der Paderborner Wohnungsmarkt ist bereits seit Jahren in einer angespannten Lage. Die Mieten steigen, bezahlbarer Wohnraum wird immer knapper. Dies belegen nicht zuletzt diverse Wohnungsmarktberichte der Stadt Paderborn, unter anderem das Wohnungsmarktbarometer 2017, der Wohnungsmarktbericht 2016 sowie der 2. Regionale Wohnungsmarktbericht 2017 „Wohnen in Ostwestfalen-Lippe“, herausgegeben durch die Stadt Bielefeld und durch die Kreise Gütersloh, Herford, Höxter, Lippe, Minden-Lübbecke und Paderborn, in denen auch der Bürgermeister der Stadt Paderborn die Situation als „angespannt“ definiert. Das Problem belastet längst nicht mehr nur die geringeren Einkommensstufen.

Trotz der kritischen Situation hat die Stadt Paderborn bislang keine geeigneten Maßnahmen ergriffen um den wachsenden Druck auf dem Wohnungsmarkt in den Griff zu bekommen. Vielmehr wird weiter auf private Investoren gesetzt. Dass dies eine Regulierung des Marktes zur Folge haben wird, ist ein Trugschluss.

Die Festlegung einer Quote von mindestens 30 Prozent für den geförderten Wohnungsbau in den Vergaberichtlinien der Stadt Paderborn für die Vergabe städtischer Grundstücke für den Wohnungsbau ist ein erster Schritt um die Situation auf dem angespannten Wohnungsmarkt in Paderborn wieder in den Griff zu bekommen.

gez. Borgmeier, Henze, Hoppe, Hüttemann, Knaup, Dr. Schröder, Senn sowie Demir (fraktionslos)

Anträge an den HFA

Die Fraktionen SPD, DIE GRÜNEN, Linkspartei/offene Liste; FBI/Freie Wähler, FDP,
FÜR PADERBORN, LKR und Melis Demir

An den Bürgermeister der Stadt Paderborn
Herrn Michael Dreier
Am Abdinghof 11

33098 Paderborn

Paderborn, den 16.02.2018

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,

bitte setzen Sie den folgenden Antrag auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses am 08. März 2018.

Der Haupt- und Finanzausschuss der Stadt Paderborn beschließt:

Die Investitionsposition 169900001 Errichtung von Photovoltaikanlagen wird wie folgt geändert:

1. Der Ansatz für die Errichtung von Photovoltaikanlagen für 2018 sowie für die Folgejahre wird von 100.000 auf 300.000 Euro erhöht.
2. Bei Neubau oder Sanierung der Dächer öffentlicher Gebäude wird die Installation von Photovoltaikanlagen mit vorgesehen, sofern die Wirtschaftlichkeit der Investition gegeben ist.

Begründung

Die Nutzung der städtischen Dächer zur Energiegewinnung mit Fokus auf den Eigenverbrauch ist wirtschaftlich und ökologisch geboten. Die Amortisation der Investitionen nach ca. 10 Jahren und eine Prioritätenliste der Gebäude wurde schon 2016 von Herrn Zenker, GMP, im Ausschuss vorgestellt.

Durch diese Investition werden die Energiekosten der öffentlichen Gebäude sukzessive von der Strompreisentwicklung entkoppelt und ein Beitrag für die städtischen Klimaschutzziele geleistet.

gez. Borgmeier, Henze, Hoppe, Hüttemann, Knaup, Dr. Schröder, Senn sowie Demir (fraktionslos)

Die Fraktionen SPD, DIE GRÜNEN, Linkspartei/offene Liste; FBI/Freie Wähler, FDP,
FÜR PADERBORN, LKR und Melis Demir

An den Bürgermeister der Stadt Paderborn
Herrn Michael Dreier
Am Abdinghof 11

33098 Paderborn

Paderborn, den 16.02.2018

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,

bitte setzen Sie den folgenden Antrag auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses am 08. März 2018.

Der Haupt- und Finanzausschuss der Stadt Paderborn beschließt:

Die Investitionsposition 1201 Öffentliche Verkehrsflächen/Produkt 120102 Neubau und Unterhaltung von Straßen, Industriestammgleisen, Geh- und Radwegen wird wie folgt geändert:

Der Ansatz zur Unterhaltung von Geh- und Radwegen, Sachkonto 522100 (Unterhaltung des Infrastrukturvermögens) wird um 200.000 Euro erhöht. Die Verwaltung wird beauftragt, die Unterhaltung von Geh- und Radwegen entsprechend zu intensivieren.

Begründung:

Der Unterhaltungszustand mancher Geh- und Radwege in Paderborn ist mangelhaft. Teilweise wird schon seit Jahren mit Beschilderung auf gefährliche Mängel hingewiesen, ohne dass eine Reparatur erfolgt. Über die Mängel der Radwegverbindungen im Bereich des Padersees wurde bereits in der Presse berichtet. Lose oder zerbrochene Gehwegplatten sind in weiten Teilen der Stadt Alltag auf den Gehwegen. Die aktuellen Mittel reichen nicht einmal aus um den Status Quo zu halten. Reparaturen erfolgen in der Regel unabhängig von Bedeutung und Zustand des Geh- und Radwegs nur im Rahmen laufender Arbeiten an der Fahrbahn.

Die Mittel sollen darüber hinaus zur Realisierung der im Ausschuss diskutierten Radrouten dienen.

gez. Borgmeier, Henze, Hoppe, Hüttemann, Knaup, Dr. Schröder, Senn sowie Demir (fraktionslos)

Die Fraktionen SPD, DIE GRÜNEN, Linkspartei/offene Liste; FBI/Freie Wähler, FDP,
FÜR PADERBORN, LKR und Melis Demir

An den Bürgermeister der Stadt Paderborn
Herrn Michael Dreier
Am Abdinghof 11

33098 Paderborn

Paderborn, den 16.02.2018

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,

bitte setzen Sie den folgenden Antrag auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses am 08. März 2018.

Der Haupt- und Finanzausschuss der Stadt Paderborn beschließt:

Die Anträge zu

- Sharing Heritage
- Weiterentwicklung Konzept Stadtbibliothek
- Ausstattung Stadtbibliothek
- Anträge Kulturförderung
- Planstelle Museumspädagogik

die in der Kulturausschusssitzung vom 17.01. mehrheitlich beschlossen wurden, werden in die Fortführungsliste und in den Haushalt 2018 übernommen.

Begründung

Die genannten Anträge wurden im Kulturausschuss mehrheitlich beschlossen. Der ebenfalls beschlossene Zuschuss zu einer zukünftigen Ausstellung Tatort Paderborn wurde nicht aufgenommen, da noch keine Planungen zur Konzepterstellung o.ä. vorliegen.

gez. Borgmeier, Henze, Hoppe, Hüttemann, Knaup, Dr. Schröder, Senn sowie Demir (fraktionslos)

Die Fraktionen SPD, DIE GRÜNEN, Linkspartei/offene Liste; FBI/Freie Wähler, FDP,
FÜR PADERBORN, LKR und Melis Demir

An den Bürgermeister der Stadt Paderborn
Herrn Michael Dreier
Am Abdinghof 11

33098 Paderborn

Paderborn, den 16.02.2018

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,

bitte setzen Sie den folgenden Antrag auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses am 08. März 2018.

Der Haupt- und Finanzausschuss der Stadt Paderborn beschließt:

Die über die bereits geschaffenen Stellen hinausgehenden, von der Verwaltung im „Nachtrag Stellenplan“ beantragten zusätzlichen Stellen zur digitalen Leitkommune Paderborn werden mit einem Sperrvermerk belegt. Über die Aufhebung ist auf Basis einer Empfehlung der AG Digitalisierung im Haupt- und Finanzausschuss zu entscheiden.

Begründung:

Zur Umsetzung des Projekts „Digitale Leitkommune Paderborn“ wurden bereits Stellen geschaffen. Ende Januar wurden in der Vorlage 0025/18 weitere Stellen beantragt. Die Stellen konnten bisher noch nicht ausführlich diskutiert werden.

gez. Borgmeier, Henze, Hoppe, Hüttemann, Knaup, Dr. Schröder, Senn sowie Demir (fraktionslos)

Die Fraktionen SPD, DIE GRÜNEN, Linkspartei/offene Liste; FBI/Freie Wähler, FDP,
FÜR PADERBORN, LKR und Melis Demir

An den Bürgermeister der Stadt Paderborn
Herrn Michael Dreier
Am Abdinghof 11

33098 Paderborn

Paderborn, den 16.02.2018

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,

bitte setzen Sie den folgenden Antrag auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses am 08. März 2018.

Der Haupt- und Finanzausschuss der Stadt Paderborn beschließt:

Der Ansatz für die Personalaufwendungen im Haushaltsplan 2018 wird um 1,4 Millionen Euro reduziert.

Begründung

Im Jahresergebnis 2017 wurde der geplante Ansatz für Personalkosten um knapp 4,2 Millionen Euro unterschritten. Die Haushaltsansätze für 2018 wurden auf der Basis der Ansätze von 2017 entwickelt, daher ist von einer ähnlichen Unterschreitung der Ansätze für 2018 auszugehen. Die genannten Kürzungen können damit insbesondere ohne Einschnitte bei Kitas und sozialen Einrichtungen verwirklicht werden.

gez. Borgmeier, Henze, Hoppe, Hüttemann, Knaup, Dr. Schröder, Senn sowie Demir (fraktionslos)

Anträge an den Ausschuss für Bauen, Planen und Umwelt

Die Fraktionen SPD, DIE GRÜNEN, Linkspartei/offene Liste; FBI/Freie Wähler, FDP,
FÜR PADERBORN, LKR und Melis Demir

An den Vorsitzenden des Ausschusses
für Bauen, Planen und Umwelt
Herrn Dieter Honervogt
Am Abdinghof 11

33098 Paderborn

Paderborn, den 16.02.2018

Sehr geehrter Herr Honervogt,

bitte setzen Sie den folgenden Antrag auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung des Ausschusses für Bauen, Planen und Umwelt am 06. März 2018.

Der Ausschuss für Bauen, Planen und Umwelt beschließt:

Im Rahmen der künftigen Aufstellung von Bebauungsplänen ist eine mindestens 30% - Quotierung für den geförderten/sozialen Wohnungsbau festzuschreiben. Für angebots- und vorhabenbezogene Bebauungspläne im Zusammenhang mit der Verdichtung von Wohnraum und der Entwicklung von Investorenkonzepten zur Erschließung neuer Wohngebiete hat diese Quotierung den Bestimmungen des geförderten Wohnungsbaus zu entsprechen.

Begründung:

Alle Wohnungsmarktanalysen für die Stadt Paderborn sprechen von einem erheblichen Bedarf an Mietwohnungen; insbesondere für niedrige und mittlere Einkommensgruppen fehlt adäquater Wohnraum. Angebot und Nachfrage klaffen erheblich auseinander. Die Stadt ist bestrebt das Angebot zum geförderten Wohnungsbau durch eine Quotierung auf städtischen Grundstücken zu erhöhen. Diese Maßnahme reicht aber kaum aus den Bestand an gefördertem Wohnraum zu erhalten, da die Mietpreisbindung bei vielen Bestandswohnungen ausläuft. Die Verdichtung an Wohnraum im Innenstadtbereich und die Schaffung neuer Wohngebiete führen zwar zu einem größeren Angebot an Wohnungen, ohne damit aber die Nachfrage decken zu können. Vielmehr steigen die Bodenpreise und damit auch die Mieten.

Um weitere Fehlentwicklungen und eine noch größere soziale Schieflage auf dem Wohnungsmarkt für die Stadt Paderborn zu vermeiden besteht akuter Handlungsbedarf.

Dementsprechend soll die vorgeschlagene Regelung einerseits dazu dienen die mit der Schaffung von Baurecht entstehenden Planwertgewinne in Teilen auch einem breiteren öffentlichen Interesse zukommen zu lassen. Andererseits haben Investoren bislang auf privaten Flächen eher selten geförderten Wohnungsbau umgesetzt.

Mit dem neuen Wohnraumförderprogramm des Landes NRW haben sich jedoch die Bedingungen geändert. Die Höhe der Förderung orientiert sich nicht mehr an den Gebietskulissen (Regionen), sondern an den örtlichen Wohnungsmarktverhältnissen. Da in Paderborn vor allem der sog. „bezahlbare Wohnraum“ knapp ist und die Verdichtung zu erheblich steigenden Baulandpreisen führt, hat Paderborn ebenfalls einen Sprung in der Mietkategorie gemacht. Auch für den Erwerb von Eigentum kann eine höhere Förderung beantragt werden, die sich aus einer regional gestaffelten Grundpauschale und einer Familienkomponente zusammensetzt. In Paderborn kann

eine vierköpfige Familie für den Erwerb von Eigentum zukünftig Fördermittel von 120.000€ bekommen, hinzukommen besondere Tilgungsmöglichkeiten.

gez. Borgmeier, Henze, Hoppe, Hüttemann, Knaup, Dr. Schröder, Senn sowie Demir (fraktionslos)